

Kantone reagieren auf Ansturm von Testwilligen

Partygänger und Reisende müssen teilweise lange auf einen Covid-19-Test warten

LARISSA RHYN

Testen, testen, testen: Das Mantra von Bundesrat Alain Berset wird derzeit gut umgesetzt. Grund dafür ist vor allem die Reise- und Partylust vieler Schweizerinnen und Schweizer. Sie benötigen – sofern sie noch nicht zweimal geimpft sind – ein Covid-Zertifikat und müssen deswegen einen PCR- oder Antigen-Test machen lassen. In den letzten Monaten war der Trend zum Testen rückläufig, von kurzen und vorübergehenden Anstiegen abgesehen. Nun steigt die Kurve wieder an. Am Mittwoch wurden 21 867 neue Tests innert 24 Stunden gemeldet. Und seit Anfang Juli wurden in der Schweiz knapp 360 000 Tests durchgeführt.

Insbesondere in Städten führt die hohe Nachfrage nach Tests derzeit zu Engpässen. Vielerorts sind Termine in Testzentren auf Wochen hin ausgebucht, wie auf dem Portal OneDoc ersichtlich ist, das einen Überblick über freie Termine in diversen Schweizer Städten bietet. Partygänger, die sich spontan testen lassen wollen, um ein Covid-Zertifikat zu erhalten, warten mitunter stundenlang auf einen Test.

Waadt und Luzern bauen aus

Nun reagieren erste Kantone: Die Waadt hat bereits Ende letzter Woche ein neues Zentrum eröffnet. Die Nachfrage nach PCR- und Antigen-Tests hat sich im Kanton seit dem Beginn der Schulferien beinahe verdreifacht. Und in den letzten zwei Wochen wurde in der Waadt gemessen an der Einwohnerzahl schweizweit am meisten getestet, vor dem Kanton Zug. Letzterer verzeichnet derzeit auch mit Abstand am meisten Neuinfektionen pro Kopf.

In Genf und Freiburg wurden die Öffnungszeiten verlängert, insbesondere um Partygängern entgegenzukommen. Ähnlich in Luzern: Dort hat der Kanton die Öffnungszeiten der Testzentren für Juli und August «stark ausgedehnt», wie David Dürr, Leiter der Dienststelle Gesundheit und Sport, erklärt. Zudem gebe es mehrere private Anbieter, die ihre Testkapazität ebenfalls ausgebaut hätten oder neu in Luzern testen würden. Derzeit sei das Testzentrum in der Stadt Luzern im Wochenschnitt zu 61 Prozent ausgelastet.

Neuenburg hingegen will beim Ausbau nicht mitmachen. RTS berichtete,



Vor einer Veranstaltung im KKL Luzern führt ein Team vor Ort Corona-Schnelltests durch.

BORIS BÜRGISSE/LZ

dass die Behörden «Vergnügenstests» nicht als Pandemiebekämpfung betrachteten. Man habe weder den Auftrag noch das Budget, um Antigen-Tests durchzuführen, die eine «private Nachfrage» decken würden, hiess es vonseiten der Gesundheitsdirektion. Die Konsequenz: Testwillige müssen oft tagelang auf einen Termin warten.

Droht so ein Szenario auch in Zürich? Die Tamedia-Zeitungen haben am Mittwoch berichtet, das grösste Zürcher Testzentrum beim Kasernenareal in Zürich werde Ende August geschlossen. Auf Anfrage der NZZ bestätigt dies ein Sprecher der Zürcher Gesundheitsdirektion. «Das Areal wird anderweitig genutzt und steht nicht mehr zur Verfügung.» Er gibt jedoch auch Entwarnung: Die Testkapazitäten würden nicht abgebaut, es werde Alternativen geben.

Derzeit können die Zürcher Apotheken den Andrang zu Tests kaum bewäl-

tigen. Und dies, obwohl viele ihre Öffnungszeiten bereits verlängert haben und einzelne gar externe Teststationen in der Nähe der Partymeile Langstrasse anbieten. Lorenz Schmid, der Präsident des Zürcher Apothekerverbands sagt: «Wir werden überrannt. Alle fünf bis zehn Minuten klingelt das Telefon.» Schmid erklärt: «Ich verstehe, dass der Kanton Grundversorger wie uns einspannen will.» So seien die Kosten tiefer, und die Behörden könnten die Risiken reduzieren, die eine eigens aufgebaute Infrastruktur mit sich bringe. Doch der Testbedarf sei sehr schwer planbar. «Wenn das Covid-Zertifikat für Klubs nicht mehr benötigt wird, kommen schnell weniger Leute. Dafür könnte es im Herbst wieder mehr Infektionen geben.»

Deshalb brauche es Strukturen, die im Fall kurzfristig umgenutzt werden könnten. Der Zürcher Chefapotheker

schlägt vor, Zentren zu schaffen, die wahlweise zum Impfen oder zum Testen genutzt werden können. Dies sei auch im Hinblick auf eine mögliche Booster-Impfung wichtig. «Bei einer möglichen vierten Welle im Herbst noch mehr zu testen und gleichzeitig Risikopersonen zu impfen, wäre für uns schlicht unmöglich.» Ähnliches hatte auch Martine Ruggli, die Präsidentin des Apothekerverbandes Pharmasuisse, in einem «Blick»-Interview festgehalten. Sie schlug vor, Impfbazennetze kurzfristig zu Testzentren umzufunktionieren.

Kombinierte Zentren

Die Zürcher Gesundheitsdirektion kommt dieser Forderung nun nach. Sie teilte am Mittwochnachmittag mit, dass zwei kantonale Impfbazennetze ab September auch Tests durchführen sollen. Ausserdem wird das Zentrum Triemli für

Tests statt für Impfungen genutzt werden, und zwei Spitäler sollen zusätzliche Tests anbieten.

Trotzdem bleibt das Problem der mangelnden Vorhersehbarkeit bestehen. Bei den Gesundheitsdirektoren heisst es auf Anfrage, die Planung der Infrastruktur für Tests und das Contact-Tracing sei für die Kantone eine Herausforderung. Mit steigender Durchimpfung werde sie wohl weniger beansprucht, müsse aber funktionstüchtig bleiben und bei Bedarf rasch hochgefahren werden können. Der Bundesrat gibt den Kantonen in einem Konzeptpapier vor, dass sie bis mindestens Ende 2021 niederschwellige Testkapazitäten aufrechterhalten müssen. Diese richten sich insbesondere an symptomatische Personen sowie Kontaktpersonen positiv Getesteter, die nicht geimpft sind.

Geplant ist, dass das präventive Testen in der Normalisierungsphase zurückgefahren wird. Diese Phase beginnt dann, wenn alle erwachsenen Personen in der Schweiz die Möglichkeit hatten, sich impfen zu lassen. Ab diesem Zeitpunkt sollen auch die meisten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einschränkungen aufgehoben werden.

Impftempo nimmt weiter ab

Während Tests derzeit also hoch begehrt sind, sinkt die Nachfrage nach Covid-19-Impfungen weiter. Während noch vor rund einem Monat im Schnitt über 90 000 Personen pro Tag geimpft wurden, sind es derzeit knapp 60 000. Insgesamt wurden bisher in der Schweiz 8,1 Millionen Impfdosen verabreicht. Neben dem Kanton Zürich plant auch der Kanton Waadt, Impfbazennetze zu schliessen. Andernorts werden bis anhin nur die Öffnungszeiten reduziert. Gleichzeitig bauen beispielsweise die Kantone Genf, Bern und Aargau ein Walk-in-Impfangebot für Kurzschnellgeschlossene auf.

Das Ziel des Bundes ist es neu, dass sich 80 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner impfen lassen. Ursprünglich sprachen die Verantwortlichen des BAG von mindestens 60 bis 70 Prozent. Die Anpassung wird damit begründet, dass die neuen Virusvarianten einfacher übertragbar seien. Bleibt es beim gegenwärtigen Impftempo, würde das Ziel wohl Ende September erreicht. Ob es auch so viele Impfwillige in der Schweiz gibt, ist jedoch unklar.

Polizei ist nicht gleich Polizei

Beim Pensionsalter sind die Unterschiede zwischen den Kantonen gross – Freiburg will Beamte künftig mit 62 statt 60 Jahren in Rente schicken

ANTONIO FUMAGALLI, LAUSANNE

Im Kanton Freiburg ist ein heisses politisches Eisen angefasst worden: Das Rentenalter für «Beamte mit Polizeibefugnissen» – hauptsächlich also Polizistinnen und Polizisten, aber auch Fachpersonen für Justizvollzug, Wildhüterinnen und Fischereiaufsicher. Geht es nach der Regierung, soll dieses von heute 60 auf 62 Jahre erhöht werden. Aber das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.

Am Ursprung der geplanten Änderung steht die Revision der Pensionskasse des Staatspersonals, die im vergangenen November von fast 70 Prozent der Stimmberechtigten gutgeheissen wurde. Damit verbunden waren Übergangs- und Kompensationsmassnahmen für Polizisten, die am 1. Januar 2022 älter als 45 Jahre sind oder vor dem 1. Januar 2019 eingestellt wurden. Für die anderen – also vor allem das jüngere Personal – gelten diese Bestimmungen nicht, womit sie aufgrund des neuen Umwandlungssatzes mit 60 Jahren eine massive Renteneinbusse hinnehmen müssten. Aus diesem Grund will der Kanton das Höchstalter der Pensionierung um zwei Jahre erhöhen.

Bei der Dachorganisation der Staatsangestellten, die unter anderem die Polizeigewerkschaft vertritt, kommt das



Georges Godel
Freiburger Staatsrat

Vorhaben gemäss RTS nicht gut an. Was sie besonders irritiert: Vor der Abstimmung zur Pensionskassenreform sei die Erhöhung des Rentenalters kein Thema gewesen, und nun, im Nachgang, seien die Sozialpartner nicht in die Diskussionen involviert gewesen, sagt deren Präsident Bernard Fragnière.

Höhere Belastungen

Der zuständige Staatsrat, Georges Godel, bestreitet dies auf Anfrage nicht. Er verstehe die Kritik, es sei aber gesetzlich so vorgesehen, dass sich die Sozialpartner im Rahmen der nun angelauten Vernehmlassung äussern könnten. Zudem sei ein höheres Pensionierungshöchstalter im Sinn der Polizisten, sagt der Finanzvorsteher – und rechnet gleich vor: Wer zuvor einen Jahreslohn von 60 000 Franken habe, würde ohne Reform eine Jahresrente von 26 000

Franken erhalten, mit Reform jedoch von gut 31 000 Franken.

Inhaltlich wollen sich die Personalvertreter noch nicht genau äussern. Man werde nun das Polizeipersonal konsultieren und sich dann positionieren, so Fragnière. Vor zwei Jahren hätten sich die Polizisten in einer Umfrage dafür ausgesprochen, das Rentenalter 60 beizubehalten.

Eine nicht abschliessende Umfrage unter den Kantonen zeigt: Selbst mit Rentenalter 62 wären die Freiburger Polizisten gegenüber vielen anderen Corps noch privilegiert. In den meisten Deutschschweizer Kantonen gilt das Pensionierungshöchstalter von 64 (Frauen) beziehungsweise 65 Jahren (Männer). Die Kantonspolizei Zürich etwa teilt mit, dass Polizeiangehörige genau wie alle anderen Kantonsangestellten behandelt würden. Im Thurgau und in Bern gehen die Polizisten mit 62 Jahren in Rente, wobei die Erhöhung um zwei Jahre in beiden Kantonen heftige Verteilungskämpfe ausgelöst hatte.

Anders in der Romandie: Genfer Polizeiangehörige dürfen bereits mit 58 Jahren ohne Pensionskassen-Einbusse in Rente gehen, sofern sie über mindestens 35 Jahre Beiträge bezahlt haben. Im Kanton Waadt gilt derzeit noch Rentenalter 60 (bei mindestens

38 Beitragsjahren), wobei sich dies ab 2023 ändern dürfte. Eine entsprechende Erhöhung wird derzeit diskutiert, wobei die Pensionskassen mindestens zwei zusätzliche Jahre vorschlagen. Auch im Jura, in Neuenburg und im Wallis können Polizeiangehörige früher in Pension gehen als in Deutschschweizer Kantonen.

Der Grund dafür: Ein Polizist oder eine Polizistin ist im Verlauf des Arbeitslebens anderen Belastungen ausgesetzt als etwa eine Lehrerin oder ein Zivilstandsbeamter – und zwar physisch wie psychisch. «Wer regelmässig mit schweren Verkehrsunfällen, Suiziden, häuslicher Gewalt oder sexueller Belästigung konfrontiert ist, kann das nicht einfach wegstecken», sagt Max Hofmann, Generalsekretär der Schweizer Polizeigewerkschaft VSPB. Da sei es nichts als gerechtfertigt, dass die Beamten früher pensioniert würden, wobei sie in gewissen Kantonen die Überbrückungsrenten gerne auch mitfinanzierten.

Wohin mit älteren Polizisten?

Hinzu komme, dass es nicht einfach sei, Tätigkeiten für ältere Polizisten zu finden, die nicht mehr die gleichen physischen Voraussetzungen mitbrächten wie die jüngeren Kollegen. «Willkür-

lich interne Positionen zu schaffen, die das Know-how der Person nicht respektieren, macht keinen Sinn», sagt Hofmann. Eine Möglichkeit könne aber sein, innerhalb der Verwaltung die letzten Arbeitsjahre in einer anderen Funktion zu verbringen, wo die mitgebrachte Erfahrung zum Zuge komme.

Wie aber erklärt sich der Polizeigewerkschafter, dass die Renten-Unterschiede zwischen den Kantonen so gross sind, obwohl sich die Tätigkeit nicht grundsätzlich unterscheidet? Die Antworten müssten die jeweiligen Kantone geben, sagt Hofmann. Diese nutzten den Rahmen aus, den ihnen das Bundesgesetz gebe.

Freiburgs Staatsrat Godel sagt dazu: «Die Frage ist berechtigt. Aber in der Politik muss man immer wissen, wie stark man den Bogen spannen kann.» Würde man das Polizei-Rentenalter in Freiburg nun auf einen Schlag auf 65 Jahre erhöhen, wäre der Widerstand wohl zu gross. So aber ist der Finanzvorsteher zuversichtlich, dass die Erhöhung auf 62 Jahre gelingt. Die Vernehmlassung dauert bis zur ersten Septemberwoche, danach entscheidet die Regierung – ohne Einbezug des Parlaments, weil die gesetzliche Grundlage bereits besteht. Die Zeit drängt: Ab Januar ist Godel nicht mehr im Amt.